



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 27. April 1881.

Nr. 194.

## Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Mai und Juni für die einmal täglich erscheinende Pommerische Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

## Deutscher Reichstag.

33. Sitzung vom 26. April.

Präsident v. Gossler eröffnet die Sitzung um 11<sup>1/4</sup> Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretäre von Bötticher, Dr. v. Schelling, Bevollmächtigte zum Bundesrath: Dr. v. Mayr, Rastner, v. Wagborff, v. Schmid, Herrmann und einige Kommissare, darunter die Geh. Räte Dr. v. Möller und Jitenbach.

Se. Majestät der Kaiser hat den Unterstaatssekretär im auswärtigen Amte Dr. Busch an Stelle des Geheimen Rathes v. Philippsborn zum preussischen Bevollmächtigten zum Bundesrathe ernannt.

Der Abg. Dr. Friedenthal hat sein Mandat niedergelegt.

Von dem russischen Botschafter Fürsten Sauraw ist ein Schreiben eingelaufen, worin derselbe den Dank seines Souveräns für die bei dem Hingange seines hohen Vaters ausgesprochene Theilnahme ausdrückt.

## Tagesordnung:

I. Interpellation der Abgg. Heyl und Gossner, betreffend die Lage der Unternehmung über den Zustand des Rheinstromes.

Abg. Heyl begründet seine Anfrage, welche lautet: „Die Unterzeichneten erlauben sich die Anfrage an den Herrn Reichskanzler, ob die Erörterung der Vorschläge, welche seitens der zur Unternehmung der über den Zustand des Rheinstromes erhobenen Klagen von Reichswegen beauftragten Kommission gemacht worden sind, nunmehr zu einer Entscheidung über weitere Maßnahmen zur Ausführung des früheren Reichstagsbeschlusses geführt hat.“

Staatssekretär v. Bötticher theilt mit, daß in Folge der Arbeiten der Kommission mit den Abjaganten der Strecke, wo die meisten Klagen laut geworden, eine alle Theile befriedigende Vereinbarung getroffen sei, welche nunmehr nach Verhandlungen zwischen der preussischen und hessendarmstädtischen Regierung zur Ausführung gebracht werden würden. Die von dem preussischen Minister für öffentliche Arbeiten ins Leben gerufenen Stromschiffahrts-Kommissionen würden für die Zukunft die geeigneten Organe sein, um die Wiederkehr veralteter Klagen zu verhüten.

Abg. Dr. Philenus beantragt die Beilegung der Interpellation, die vom Hause beschlossen wird, und bedauert, daß die Kommission zu viel sich an dem alten Rheinkorrektionsprojekte gehalten habe, die Vertreter des Rheingaus hätten dazu ihre Zustimmung nicht gegeben. Es sei wünschenswerth, daß der Bericht der Kommission veröffentlicht werde.

Staatssekretär v. Bötticher hebt entgegen den Ausführungen des Vorredners, der wegen der Unruhe des Hauses fast unverständlich geblieben war, hervor, daß ein Eingreifen des Reiches doch nur in den dringendsten Fällen stattfinden dürfe; es sei also abzuwarten, ob die zwischen den Einzelstaaten Preußen und Darmstadt gepflogenen Verhandlungen die Angelegenheit wohl zu allseitiger Zufriedenheit erledigen würden. Gegen eine Veröffentlichung des Kommissionsberichts habe er keine Bedenken.

An der weiteren Debatte betheiligen sich noch die Abgg. Dr. Schröder (Friedberg), Frhr. Nordemann, Rabenau, Freiherr von Schalscha, Reichensperger (Krefeld), Dr. Philenus, Gossner, welche sämtlich aus verschiedenen Gesichtspunkten befürworten, daß das Reich diese Angelegenheit in die Hand nehme, damit das Strombau- und Korrektionswesen einheitlich, weil nur so erfolgreich geregelt werden könne.

Damit wird der Gegenstand verlassen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfes

eines Gesetzes betreffend die Deffentlichkeit der Verhandlungen und die Geschäftssprache des Landesauschusses für Elsaß-Lothringen.

Abg. Guerber erklärt sich gegen die Vorlage, da der allergrößte Theil der Mitglieder des Landes-Ausshusses nicht im Stande sei, an einer Verhandlung in deutscher Sprache Theil zu nehmen, da sie größtentheils nicht deutsch sprechen, theils nicht einmal deutsch verstehen können. Der Landes-Ausshuß sei ganz verblüfft gewesen über diese Vorlage, die neben die ja anerkannte Wohlthat der Deffentlichkeit der Verhandlungen das Verbot der französischen Sprache stelle. Die Wirksamkeit des Ausschusses werde durch das Verbot wesentlich beeinträchtigt, da das Interesse der Bevölkerung daran verloren gehen würde; letzteres habe sich ja in erfreulicher Weise den Verhandlungen des Landesauschusses zugewandt, doch nicht der deutschen Veröffentlichung, sondern der französischen. Der Landesausshuß habe entschieden beruhigend auf die Gemüther in Elsaß-Lothringen eingewirkt: diese Wirkung gehe verloren ohne das Interesse des Volkes an den Arbeiten des Landesauschusses. Nun habe die französische Verhandlungssprache zu gar keinen Mißständen Veranlassung gegeben; er beneide die Staatssekretäre in Elsaß-Lothringen um die arabischen Ruhe, die sie genießen, gegen die oft rauhe Art und Weise, wie den Ministern in anderen Parlamenten begegnet werde. Unfug und Opposition sei im Landesausshuß nie vorgekommen, sei aber wirklich solche vorhanden, so müsse er sie Erzeuhen des Herrn Statthalters allergehorfamste und allergehorfamste nennen. Es sei mit dem Französischsprechen niemals Unfug getrieben und die Mitglieder des Ausschusses hätten sich theils französisch, theils deutschprechend stets viel besser verstanden, als die Parteien hier im Reichstage. Man solle durch dieses Verbot nicht die Edelsten des Landes vom Landesausshusse ausschließen, das soll in deutschredenden Vertretern nicht die Vertreter seiner Interessen erkennen und die Staatssekretäre würden künftig reine Monologe halten. Es sei nicht wohlgethan, diese Vorlage jetzt schon zu machen; wenn sie in zwanzig oder dreißig Jahren gekommen wäre, so würde er das verstanden haben, gut Ding wolle Weile haben. Im Interesse des monarchischen Prinzipes solle man, um die republikanischen Neigungen, die im Volke schlummerten, zu bekämpfen, von solcher vorzeitigen Gesetzgebung abgehen. Man solle sich erinnern, daß Frankreich nie etwas gegen den Gebrauch der deutschen Sprache gethan habe, erst vor 20 Jahren seien einige ungebildete Beamten in diesem Sinne aufgetreten. Es sei doch kein Zweifel, daß die Bildung in Elsaß-Lothringen hauptsächlich französisch sei. Man solle aus politischen wie patriotischen Gründen die Vorlage ablehnen.

Abg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg spricht seine Befriedigung darüber aus, daß der Landesausshuß in Elsaß-Lothringen bisher alle Verurtheilungen abgewiesen habe, sich mit politischen Dingen zu befassen und dadurch die Interessen der Bevölkerung zu gefährden. Wenn die politischen Zustände auch nicht so arabisch seien, wie sie der Vorredner geschildert, so habe der Landesausshuß bisher doch Aufdeckung von Mißständen segenerreich gewirkt. Gegenüber der in § 1 gewährten Deffentlichkeit der Verhandlungen sei die Regierung verantwortlich dafür, daß diese Deffentlichkeit nicht mißbraucht werde zu Auslassungen, die jenseits der Grenze ein Echo finden könnten, das die Bevölkerung Elsaß-Lothringens zu beunruhigen geeignet sei. Er habe allerdings geglaubt, daß man sich gegen die Strafbestimmungen des Artikels 2 erklären werde, doch seien ihm auch diese nicht bedenklich, da nur in sehr seltenen Fällen davon Gebrauch gemacht werden dürfte. Wenn es in Elsaß-Lothringen so schlecht mit der Bildung stehe, daß man gesagt habe, eher könne der Reichstag französisch verhandeln als der Landesausshuß deutsch, so beweise es, wie notwendig es sei, daß deutsche Bildung und die deutsche Sprache in Elsaß-Lothringen gepflegt werden. (Beifall.) Gegenüber der Thatfache, daß selbst die Mitglieder des Landesauschusses, die gut deutsch sprechen, wie man es ja von einigen gewandten Rednern von dort her gewohnt sei, sich im Landesausshusse niemals der deutschen Sprache bedient hätten, hätten sich diese es selbst auszusprechen, daß es zu solcher Vorlage gekommen sei.

Französische Beamte würden kein Deutsch gelernt haben, um eroberte deutsche Gebiete zu verwalten. Es solle unritterlich sein, was diese Vorlage verlange, habe man gesagt; man solle doch an das Beispiel denken, daß uns König Jerome von Westfalen gegeben habe. Das Hinausschieben der Vorlage um 10 oder 20 Jahre würde nichts nützen, da wir uns nach dieser Zeit vor ganz denselben Verhältnissen befinden würden. Eine allmähliche Verschmelzung der Interessen des Reichslandes und des ursprünglichen Heimathlandes des deutschen Reiches könne nur eintreten, wenn die Bevölkerung sich gewöhne, die Verhandlungen des über ihre Interessen wachenden Landesauschusses in deutscher Sprache zu lesen. Für ihn, den Redner, sprächen alle möglichen politischen Gründe für die Annahme dieses Gesetzes, damit Elsaß-Lothringen mehr und mehr einsehe, daß es sich in den Armen des deutschen Reiches gar nicht so schlecht lebe; man sei Elsaß-Lothringen vom Reiche stets entgegengekommen, so habe es auch der Statthalter gethan und achte er deshalb diesen Herrn um so höher. (Beifall.) Das Entgegenkommen des Statthalters sei auch von den Elsaß-Lothringern anerkannt. Elsaß-Lothringens Selbstständigkeit sei seit den letzten 11 Jahren stets vergrößert worden und werde es auch hier durch die Gewährung der Deffentlichkeit. Er theile den Wunsch des Reichstages und des ganzen Reiches, daß auch diese Vorlage dazu beitragen möge, das Aufgehen Elsaß-Lothringens im deutschen Reiche zu befördern. (Beifall.)

Abg. Reichensperger (Krefeld) hält unter der Heiterkeit des Hauses es doch für sehr unwahrscheinlich, daß man die Verhandlungen im Reichstage würde französisch führen können. Auch er hält es für sehr wahrscheinlich, daß die französischen redenden Vertreter sich zurückziehen würden, da sie nicht geneigt sein dürften, eine ganz stumme Rolle zu spielen. Das werde Unmuth erzeugen, dieser werde naturgemäß um sich fressen und werde der Germanisirung Elsaß-Lothringens im Wege stehen. Würde man die Vorlage annehmen, so würde die Regierung sich im Landesausshusse stets nur allein sprechen hören, und dadurch würde das Ansehen des Landesauschusses sinken. Gerade im Gegentheil, man müsse es befördern, daß im Landesausshusse sich jede Beschwerde nach Herzenslust ausprechen könne. Man hätte den Landesausshuß in der Sache doch wenigstens fragen sollen; vielleicht hätte derselbe vorgeschlagen, die französische Sprache nur für diejenigen Vertreter zuzulassen, die der deutschen Sprache nicht mächtig seien.

Unter-Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, Bevollmächtigter zum Bundesrathe Dr. v. Mayr konstatirt, daß die früheren Neuerungen des ersten Redners über den Landesausshuß ganz anders gelaute hätten, als heute. Der Gesetzentwurf habe keine feindliche Tendenz gegen den Landesausshuß, er wolle die Elemente, die jetzt den Ausschuß bilden, nicht verdrängen, nicht auf die Seite schieben, man hoffe im Gegentheil, diese Elemente im Landesausshusse zu erhalten und denke nicht daran, Staatsbeamte in den Landesausshuß bringen zu wollen. Eine Weiterentwicklung der Sprachverhältnisse in Elsaß-Lothringen sei absolut notwendig und anzustreben. Die Angaben, die Guerber über die Fähigkeit der Landesausshuß-Mitglieder, deutsch zu sprechen und zu verstehen, gemacht, seien falsch und übertrieben. Man solle nicht die Bedeutung der französisch sprechenden Minorität der Lothringer im Landesausshuß überschätzen. Das Hauptgewicht für das Wohl des Landes liege doch nicht in dem oratorischen Theil der parlamentarischen Arbeiten; und um ihre Wünsche kurz in deutscher Sprache vorzubringen, seien fast alle Vertreter befähigt. Schon jetzt werde in den Kommissionen vielfach seitens der Vertreter die deutsche Sprache benutzt. Der jetzige Uebergangszustand habe zu vielfachen Mißständen geführt und müsse beendet werden; vielfache Mißverständnisse seien dadurch entstanden, daß Vertreter des Landes und der Regierung sich mißverstanden haben und vielfach sind dadurch Mißstimmungen im Elsaß-Deutsch die Muttersprache, und wenn Frankreich in 180 Jahren diese nicht habe beiseite lassen können, so sei es doch etwas anderes, wenn man jetzt eine fremde Sprache ausschließen wolle. Schon heute werden vielfach im Landesausshusse die Reden verlesen, aber nicht etwa die deutsch ge-

haltenen, sondern gerade die französischen. Der Redner wendet sich sodann gegen die Ausführungen des Abg. Reichensperger, der den vorhandenen Uebergangszustand nicht weiter entwideln, sondern konserviren wolle.

Darauf wird Vertagung beantragt und beschlossen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

L. D.: Antrag Dr. Birchow wegen Betheiligung an der Erforschung des Nordpols. Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des Gesetzes betreffend die Bestrafung der Trunksucht. Fortsetzung der dritten Beratung des Kassenrechtsfahrts-Gesetzes. Kleine Vorlagen. Rest der heutigen Tagesordnung.

Schluß 4<sup>1/4</sup> Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 26. April. Sehr bezeichnend erscheint uns die folgende Stelle, welche wir einer aus liberalen Kreisen an die liberale „Köln. Z.“ ergangenen Zuschrift entnehmen:

„Der Grundgedanke des vom Reichskanzler aufgestellten Steuerreformplans ist ein so gesunder, daß der Widerstand gegen denselben nur dann Bedeutung gewinnen kann, sofern alle aus irgendwelchen andern Ursachen unzufriedenen Elemente sich zu einer Partei vereinigen. Und wir glauben, die liberalen Mittelparteien werden einstens Ursache haben zu bereuen, wenn sie sich nur in der Kritik des Geforderten gefallen lassen. Es ist, um mit den Worten des noch vor wenigen Monaten erlassenen Wahlgesetzes der Hallenser zu sprechen, „unser tiefbegründeter Ueberzeugung, daß unser junges deutsches Reich eine grundsätzliche liberale Opposition gegen die Regierung nicht ertragen kann und daß eine solche Opposition um so weniger gerechtfertigt ist, als die Bismarcksche Politik, ob sie gleich im Einzelnen irren mag, doch das eine große Ziel fortwährend im Auge behält, das mit so viel Schwere und Blut unseres Volkes endlich hergestellte Gefüge unseres deutschen Staatswesens immer fester zu begründen und mit zahlreicheren Klammern zusammenzuhalten. Es gilt für die liberale Partei, Einfluß zu gewinnen auf diese Politik, nicht aber sie zu bekämpfen, und dies war und wird bleiben der große geschichtliche Beruf der national-liberalen Partei.“

Es bleibt abzuwarten, wie sich die national-liberale Partei angesichts dieser Ermahnung verhalten wird.

Die Abgg. v. Below-Saleke, Widen, Dr. Loewe (Böckum) haben beim Reichstage einen Antrag betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes wegen Erhebung der Grunderwerbsteuer eingebracht. Derselbe verbietet die Anwendung jeglicher Surrogate bei der Werberechtigung und stellt die Uebertretung dieses Verbotes unter Geldstrafe von 50—1000 Mark und Konfiskation der Surrogate.

## Ausland.

Paris, 23. April. Ein weiteres Gesetz, von dem die Zeitungen bis jetzt nicht sprachen, fand dieser Tage bei El-Mun zwischen dem dritten Zuaven-Regiment und den Krumirs statt. Die letzteren wurden geschlagen und erlitten bedeutende Verluste. Die Zuaven hatten 3 Tode und 13 Verwundete. Es fällt auf, daß man eines der kriegstüchtigsten Korps von Algerien, die Fremdenlegion, nicht gegen die Krumirs sendet. Das Bataillon, welches in Saïda liegt, veröffentlicht deshalb in den algerischen Blättern ein Schreiben, worin es heißt:

Bis jetzt fand Frankreich während aller seiner Feldzüge in der Fremdenlegion den Geist der Festigkeit und Tapferkeit, der sie so würdig macht, gegen den Feind zu marschiren. Warum verlor man sie also seit so langer Zeit heute zum ersten Male nicht? Erinnert man sich nicht mehr der Thaten, welche ihre Vorgänger vollbrachten und von welchen heute noch die Alten erzählen, die an den letzten Feldzügen theilgenommen haben? Die glorreichen Namen Camerra und Magaur, endlich alle Siege, in welchen die Legionäre zeigten, was sie werth sind, liegen noch nicht so weit zurück, daß man sie schon hätte vergessen können. Sobald wir erfahren, daß die französischen Truppen in's Feuer gehen würden und wir, die an das afrikanische Klima gewöhnt sind, in unserer Garnison unthätig bleiben sollen, ging durch unsere



Reihen ein Auf der Mißbilligung und wir ent-  
schlossen uns, Ihnen unsere Enttäuschung kundzu-  
geben und Sie zu bitten, unsere gerechten Be-  
schwerden kundzugeben.

Ueber die Sache betreffs Tabarkas vernimmt  
man folgende Einzelheiten:

Am 18. April war das aus drei Kriege-  
schiffen bestehende französische Geschwader mit 500  
Mann Infanterie nebst Artillerie und Genie vor  
Tabarka eingetroffen. Der Kommandant der Ex-  
pedition forderte sofort die Militärbehörden der  
Insel und des festen Landes auf, den Durchzug  
und die Besetzung derselben zu gestatten. Die Tu-  
nisen antworteten, daß sie ohne Befehl des Bey  
nichts thun könnten. Auf der Küste befand sich  
eine große Anzahl Kranks, die heftigen Lärm  
machten. Der französische Konsul in Tunis wurde  
sogleich benachrichtigt und verlangte vom Bey die  
umgehende Besetzung der Insel. Der Bey weigerte  
sich, diesem Verlangen zu entsprechen. Ob der  
Kommandant des Geschwaders hierauf zur Gewalt  
seine Zuflucht nahm oder erst die Corrette abwar-  
te, weiß man nicht.

Wie es heißt, hat die englische Regierung  
den Antrag Italiens zurückgewiesen, in Gemein-  
schaft mit ihm ihre Vermittelung im tunesisch-  
französischen Streit anzubieten. Sir Charles Dille,  
Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt, soll über-  
haupt hier die Versicherung ertheilt haben, daß die  
Expedition gegen Tunis von Seiten des englischen  
Kabinetts keinen Widerspruch finde. Er soll den hiesigen  
Staatsmännern bemerkt haben, daß Frankreich Tunis  
gegenüber das thue, was England den indischen Na-  
schaks gegenüber gethan habe, in deren Gebiet  
man eingefallen sei, um eine Beleidigung zu rächen,  
ohne aber an Annexion zu denken. Was Italien  
anlangt, so wurde diesem nicht verhehlt, daß Frank-  
reich entschlossen ist, Maßregeln zu ergreifen, die  
in Zukunft Tunis vollständig unter seine Gewalt  
stellen, und von Italien außerdem verlangt, daß  
es den Konsul Macco abberufe und das arabische  
Blatt „Mokatel“ unterdrücke. Die Abberufung  
Macco's scheint übrigens schon beschlossene Sache  
zu sein, und was den „Mokatel“ betrifft, so soll  
Cialdini dessen Unterdrückung versprochen haben.

### Provinzielles.

Stettin, 27. April. Von den verschiedensten  
Seiten gehen uns jetzt Beschwerden zu über den  
Reiserverkehrsmann Stetling, welche das Verfahren  
dieses Mannes denn doch in einem sehr bedenk-  
lichen Lichte erscheinen lassen. Derselbe hat  
nicht nur bei den Schiffskapitänen und bei den  
zahlreichen Fahrgästen der kleinen Dampfsschiffe  
große Erbitterung und Aufregung durch sein Auf-  
treten hervorgerufen, sondern hat auch die Fischer  
des hiesigen Bezirke zu großer Erbitterung aufge-  
reizt. Die hier erscheinende „Deutsche Fischer-  
zeitung“ schreibt in Nr. 12 d. J. über Stettin:

Von hiesigen Fischern wird uns mitgeteilt,  
wie die Beaufsichtigung der Fischerei durch die so-  
genannte Schiffsfahrtpolizei sich allmählich zu einem  
heißt drückenden Zustande ausgebildet. Diese  
Beamten haben weder die innere noch die äußere  
Qualifikation von Fischerei-Aufsichtsbeamten. Die  
innere haben sie nicht, weil sie nichts von der  
Fischerei verstehen und deshalb oft das Gesetz un-  
richtig auslegen. Dadurch wird der Fischer be-  
lästigt und die Fischerei gehindert, während doch  
alle Ursache vorliegt, dieselbe in ihrer berechtigten  
Ausübung zu fördern. Wenn nun solchen Uebel-  
ständen seitens unserer Fischereibehörde nicht  
energisch entgegengetreten wird, so liegt das ledig-  
lich an der Gutmütigkeit unserer Fischer, denn  
sie hätten nicht Ursache, dem Verlangen dieser Po-  
lizei (vorzüglich wenn es auch noch sachlich un-  
gerechtfertigt ist) sich zu fügen, und zwar deshalb  
nicht, weil außer der inneren Qualifikation diesen  
Beamten auch die äußerliche fehlt. So sagt die  
pommersche Fischerei-Ordnung vom 15. Mai 1877  
in § 31:

Auf den zur Beaufsichtigung der Fischerei be-  
nutzten Dienstfahrzeugen sollen der künftl. Ober-  
schiffmeister eine rote Flagge, in deren weißem  
Schilde sich der preussische Adler befindet, und  
einen Wimpel mit preussischem Adler, die übrigen  
Fischereiaufsichtsbeamten nur eine solche Flagge oder  
Wimpel führen. Bei Nacht tritt an deren Stelle  
eine rote Signallaterne. Außerdem sollen alle  
Unterbeamten in Ausübung ihres Amtes ein das-  
selbe bezeichnendes metallenes Schild auf der Brust  
tragen. Die von Privaten oder Genossenschaften  
angestellten Aufsichtsbeamten führen eine von der  
Bezirksregierung näher zu bestimmende Flagge.

Die Schiffsfahrtpolizei führt weder eine rote  
Flagge noch bei Nacht eine rote Laterne und am  
allerwenigsten haben ihre Beamten ein solches Me-  
tallschild auf der Brust. Damit ist die Fischerei-  
Bevölkerung ohne Verpflichtung, diese Beamten  
als ihre Aufsichtsbehörden anzuerkennen, da von  
ihnen nicht dem Gesetze genügt wird. Welchen  
Werth das Gesetz gerade auf solche äußerliche  
Kennzeichnung legt, beweist der hier angeführte  
Schlußsatz betreffend die Fischerei-Aufsichtsbeamten  
von Privaten und Genossenschaften. Am besten  
wäre es, die Regierung entzöge der Schiffsfahrts-  
polizei alle diese Funktionen; will sie das nicht,  
so verlangt das Gesetz, daß auch diese Beamten  
die rote Flagge oder Laterne und das Metallschild  
führen.

Die Reichspostbehörde hat bekanntlich in  
jüngster Zeit Briefmarken herstellen lassen, die durch  
ihre leicht zerstörbare Farbe u. s. w. eine Garantie  
dafür bieten, daß sie nicht mißbräuchlich nach dem  
Gebrauche von dem Stempelabdruck befreit und  
von Neuem verwendet werden können. Daß es  
wirklich an der Zeit war, den Verfeuchern, abgestem-  
pelte Postmarken wieder in Kurs zu setzen, zu

Neuern, ergibt sich aus der beglaubigten Mitthei-  
lung, daß innerhalb der letzten drei Jahre allein  
im Reichspostgebiet wegen betrügerischer Verwen-  
dung bereits gebrauchter Freimarken zu Frankirungs-  
zwecken in rund 1300 Fällen Verurtheilungen zu  
insgesammt 4000 Mark Geldbuße und 32 Tagen  
Gefängniß stattgefunden haben. Man geht wohl  
nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Briefmar-  
ken-Sammelsucht zu wohlthätigen Zwecken und  
vergleichen) diese betrügerischen Versuche bisher be-  
günstigt hat.

Am Vortage v. J. war auf dem Zulo  
bei Goplow zur späten Abendstunde noch eine ver-  
gnügte Gesellschaft versammelt, welche es sich bei  
Bier und geistigen Getränken wohl sein ließ; letz-  
teren schenken sie jedoch allzu viel zugesprochen zu  
haben, denn einer der Gäste, der Restaurateur Sch.,  
geriet mit dem Wirth des Zulo in einen Wort-  
wechsel, der damit endete, daß Sch. aus dem Lo-  
kal gewiesen wurde. Damit wäre die Sache wohl  
erledigt gewesen und hätte für die Beteiligten  
keine weiteren Folgen gehabt, wenn der gleichfalls  
im Lokal anwesende Forstbeamte Herr. Ernst es  
nicht für nöthig befunden hätte, dem Sch. in's  
Freie zu folgen und denselben dort ohne weitere  
Ursache mit seinem Hirschfänger in der gräßlichsten  
Weise zu mißhandeln, so daß Sch. in Folge der  
erhaltenen Verletzungen die Hülfe des Arztes in  
Anspruch nehmen mußte. Deshalb war Ernst in  
der gestrigen Sitzung des Schöffengerichts wegen  
schwerer Körperverletzung angeklagt und beantragte  
der Vertreter der kgl. Staatsanwaltschaft mit Rück-  
sicht darauf, daß es sich bei der That um einen  
Mißbrauch der Waffe seitens eines Beamten han-  
delt, eine Gefängnißstrafe von 3 Monaten. Der  
Gerichtshof ließ jedoch mildernde Umstände gelten  
und erkannte auf 300 M. Geldstrafe eventuell  
1 Monat Gefängniß, während den Wirth, der  
bei der Hinausweisung des Sch. etwas zu hand-  
greiflich geworden, eine Geldstrafe von 20 Mark  
traf.

Noch schlechter als die meisten seiner  
Vorgänger gestaltete sich für die Verkäufer der heu-  
tigen Jahrmarkt, wenigstens war am Vormittage  
fast gar kein Verkehr auf demselben, trotzdem die  
Zufuhr den früheren Märkten nicht nachsteht. Am  
meisten Leben entwickelte sich noch am Völkchen-  
markt, dagegen war es am Stiefelmarkt sehr stille  
und am Möbelmarkt, wo die Verkäufer die Preise  
schon auf das Niedrigste gestellt hatten, wurden  
dieselben noch bei den wenigen Geschäften, welche  
am Vormittag abgeschlossen waren, noch mehr ge-  
drückt. Dagegen war auf dem Topfmarkt an der  
Silberwiege, der bereits an den beiden vorange-  
gangenen Tagen ziemlich florirte, heute noch rege-  
rer Verkehr. Im Ganzen herrscht daher eine ziem-  
lich trübe Jahrmarktsstimmung, wozu die unfreund-  
liche Witterung auch viel beiträgt. Auch von  
Landleuten waren am Vormittag nur sehr wenige  
in der Stadt. Die Schaubuden, welche wiederum  
auf dem Platz hinter dem Festungsbaufhof ihr Asyl  
aufgeschlagen, sind auch nur spärlich vertreten;  
außer einem Karroussel sehen wir den unvermeid-  
lichen Krastmeßer, welcher wohl den meisten Zu-  
spruch haben dürfte, da sich an demselben das Pu-  
blikum warm arbeiten kann. Ebenso fehlt die  
„Schnellphotographie“ und das Hamburger „Kasperle-  
Theater“ nicht und das Blümmel, Fr. Schola-  
stika, theilt auch mit ungeschwächter Kraft ihre  
elektrischen Schläge aus. Dazwischen erhebt sich  
ein „Kunst-, Zauber- und Nebelbilder-Theater“, in  
einer anderen Bude erhebt „Ewahn, der Mann  
vom Stamme der Karaiten“, sein Kriegsgeschrei  
und produziert sich als „Feuerfresser“, weiterhin  
brüht sich „Gefunda, die schöne Wienerin“ mit  
ihren Kräften, während in einer Nachbarbude als  
„die größte Naturfelsenheit“ mehrfärbige Wunderfä-  
ber und vielköpfige Wunderfägen ihr Wesen treiben.  
Mehr Beachtung verdient die „Glas-Kunst-Blase-  
Spinnerei“, in der ein „Glas-Künstler“ ganz nette  
Figuren u. aus Glasmasse spinnt und bläst. Da-  
zwischen ertönte schon vom frühen Morgen an der  
schauerlich-schöne Gesang der Moritzden-Vorläufer,  
doch dürften dieselben, wenn sie bis zum Abend  
ebenso thätig „weiterarbeiten“, dann ebenso heiser  
und verstimmt sein als der Leierkasten, mit dem sie  
ihre schaurigen Weisen begleiten. In der Nähe  
der Schaubuden tummelt sich natürlich wie immer  
eine sehr zahlreiche und „sehr gemischte“ Gesell-  
schaft.

### Kunst und Literatur.

b. Falke, Kostümgeschichte der Kulturvölker.  
Verlag von W. Spemann in Stuttgart. Von  
diesem trefflichen Werke liegt uns die 7. und 8.  
Lieferung in Hochquart vor, welche uns bis ins  
15. Jahrhundert geleitet. Dieselbe ist sehr reich  
mit Abbildungen ausgestattet und führt ausgezeich-  
net in die Trachten der verschiedenen Völker und  
Zeiten ein.

Als Thormaldsen noch in Rom lebte, kam  
eines Tages ein junger Däne zu ihm. Derselbe  
fragt Thormaldsen: „Sagen Sie, Herr Professor,  
wie viele Tage braucht man, um Rom kennen zu  
lernen?“ Letzterer antwortete: „Mein lieber  
Freund, da müssen Sie sich an einen Andern wen-  
den, ich bin erst zehn Jahre hier!“ Dieser Aus-  
spruch ist, wie Jedermann weiß, sehr bezeichnend  
für Rom, denn keine Stadt der Welt hat so viele  
großartige Bauten und Kunstschätze aufzuweisen.  
— Ueber dieses Rom erscheint demnächst ein schönes  
Bruchstück, betitelt: Rom in Wort und Bild.  
Eine Schilderung der ewigen Stadt und der Kam-  
pagna von Dr. phil. Rud. Kleinpaul. Mit 368  
Illustrationen. In ca. 36 Lieferungen à 1 M.  
(Leipzig, Schmidt u. Günther.) Der Verfasser hat  
7 Jahre in Rom gelebt. Nach der uns vorlie-  
genden 1. Lieferung verspricht dieses ein dem gro-

ßen Gegenstande würdiges Bruchstück zu werden,  
wir kommen später darauf zurück. [79]

### Bemerktes.

Das „M. J.“ schreibt: In den Zeitun-  
gen ist es gegenwärtig Mode, eine Anekdoten über  
Lord Beaconsfield zu erzählen. Wenn man heut  
die Presorgane eines Tages zusammenheftet, so  
hat man ein Anekdoten-Berikon über den vereinig-  
ten Diarachi. Auch wir wollen, um der Kollegia-  
lität willen, nicht im guten Ton zurückbleiben und  
unsere Leser sollen beliebt nicht zu kurz kommen;  
wir erzählen also gleichfalls eine Anekdoten über  
Lord Beaconsfield. — An dem Tage vor Eintref-  
fen des damals noch das Steuerruder des engli-  
schen Staatschiffes führenden Lords zum Berliner  
Kongress erhielt der Direktor des Kaiserhofs, wo  
bekanntlich das Legis für den englischen Premier  
bestellt war, die Befehle, im Schlafgemach des  
Lords zwei Betten statt eines aufstellen zu lassen.  
Da Se. Herrlichkeit bekanntlich seit Jahren Witt-  
wer war und in seiner Begleitung sich kein naher  
Verwandter befand, so erregte diese Anordnung  
Ueberraschung, die sich nach und nach sogar zu leb-  
hafter Neugier steigerte. Am Morgen nach der  
Ankunft des Lords bestürmte man daher die un-  
teren Bedienten des Hotels von allen Seiten mit  
Fragen um Aufklärung des Punktes, wer um Alles  
in der Welt in dem zweiten Bett geschlafen habe.  
Niemand wußte jedoch Auskunft zu geben, —  
wahrhaft unheimlich klang sogar die Erklärung des  
Stubenmädchens, die beim Ordnen des Zimmers  
wahrgenommen, daß ersichtlich in beiden Betten  
Jemand geschlafen — von dem Begleiter des Lords  
jedoch, der die Nacht mit ihm in demselben Zim-  
mer zugebracht haben mußte, nirgend auch nur die  
geringste Spur wahrzunehmen gewesen sei. Der  
unersättliche Freund und Stubenkamerad Sr. Herr-  
lichkeit fing nun an, geradezu unheimlich zu werden  
und die Neugier wurde eine so brennende, daß  
man sich endlich kurz und schnell zu einer kleinen  
indirekten Zudringlichkeit entschloß: man machte  
sich an den vertrauten Kammerdiener des Lords  
und fragte diesen ganz direkt. Und was hörte  
man? Die Antwort lautete: Da Se. Herrlichkeit  
gern im Bett noch liegt, dann aber, wenn er schlaf-  
en will, nicht schon derangirte Kissen haben mag,  
so pflegt er sein Kissenlager dann zu wechseln! —  
Voilà, wir haben nun auch eine Anekdoten über  
Lord Beaconsfield erzählt und waschen unsere Hände  
in Unschuld!

Frankfurt a. M. (Von der Ausstel-  
lung.) Wie in sicherer Aussicht steht, wird der  
Besuch der hiesigen Patent- und Muster-Aus-  
stellung, verbunden mit Fach-Ausstellungen, nicht  
nur aus der nähere Umgebung, sondern auch aus  
weiter Ferne ein außerordentlich reger werden. Um  
die zur Bewältigung des Verkehrs nothwendigen  
Maßregeln zu treffen, waren deshalb dieser Tage  
eine Anzahl Vertreter von Eisenbahn-Direktionen  
zu einer Konferenz versammelt, worin unter Bei-  
rath des Vorsitzenden der Ausstellung, Herrn Di-  
rektor Schiele, eine vorläufige Festsetzung in dieser  
Beziehung getroffen wurde. Hoffentlich wird es  
im beiderseitigen Interesse, der Eisenbahn-Berwal-  
tungen und der Ausstellung, gelingen, eine um-  
fassende Organisation von Ertragslinien aus allen  
Richtungen, sowie besondere Preisermäßigungen für  
die Besucher der Ausstellung zu organisiren und  
zu vereinbaren. Um für die Unterkunft des ge-  
waltigen Menschenstroms, der sich unweifelhaft zur  
alten Kaiserstadt bewegen wird, die nothwendige  
Fürsorge zu treffen, hat der Haupt-Ausschuß, nach-  
dem für Bodenheim bereits ein Wohnungs-Komitee  
gebildet war, beschlossen, einen Wohnungs-Aus-  
schuß zu konstituiren und Mitglieder aus den Rei-  
chen derjenigen Bürger zu wählen, die sich bereits  
während des Turnfestes so verdient um die Woh-  
nungsfrage gemacht hatten. Die Anmeldungen auf  
Familienkarten zur Ausstellung gehen bereits auf  
dem Bureau, Kirchnerstraße 3, zahlreich ein und  
werden die Aussteller und Garantiegeber noch  
besondere Zirkulare zugesandt erhalten.

Das große Vestibule der Ausstellungshalle  
zeigt sich nunmehr in seinen großartigen Dimen-  
sionen unbedeckt und vollständig frei den Blicken.  
Von der thurm hohen Kuppel hernieder leuchten,  
mattgrün in weiß, die Blätterornamente und imi-  
tirte Glasmalereien werfen ein gedämpftes Licht in  
den weiten Raum, der in der Höhe des dritten  
Obergeschosses (2. Stock) von einer Gallerie um-  
zogen wird, die einen malerischen Anblick in die  
weiten Ausstellungshallen gestattet. Den Mittel-  
punkt des Vestibule bildet die große Fontaine, die  
soeben fundamementirt und nach allen Seiten hin  
einen prächtigen Abschluß bilden wird. Die große  
Halle der Ausstellung für Lokal-Industrie ist voll-  
ständig fertig und in ihrer rechten Hälfte schon  
vollaus mit Ausstellungsgütern bedeckt. In der  
Patent- und Muster-Ausstellung, deren Ausmalung  
in 1 bis 2 Tagen vollendet sein wird, haben schon  
die Belgier und Franzosen zum Theil ihre Firma-  
schilde aufgehängt. Der erste Deutsche, welcher  
seinen Namen an die Wand schreiben konnte, war  
unser Landmann Henning vom Sandhof, der  
Fabrikant des verebelten Sackenhäuser National-  
getränkes, des mouffirenden Aepfelweins. Auch die  
Bureaus sind zum Theil schon in die Haupthalle  
übergesiedelt. Draußen im Park sind die Leitungs-  
drähte für die elektrische Beleuchtung zum Theil  
schon gelegt, auch das Kabel für die Feuerwehr  
ist bereits fertig. Die „Nassauische Schiefer-  
Aktiengesellschaft“ hat soeben in Holzwerk ihren  
Ausstellungsbau vollendet, der, was die Frank-  
furter interessiren wird, den hiesigen Rententhurm  
in verkleinertem Maßstabe darstellt. Von außen  
wird dieser Thurm über und über mit Schiefer  
gedeckt werden, während im Innern Stollwerk seine  
Chokoladefabrik unterbringt.

### Handelsbericht.

Berlin, 25. April. (Bericht über Butter  
und Eier von J. Bergson und Alfred Drgler.)

Wie immer nach dem Fest, nahm das Ge-  
schäft in vergangener Woche einen sehr ruhigen  
Verlauf. In den meisten Produktionsländern wa-  
ren die Einlieferungen klein und auch am hiesigen  
Platz sind bei genügenden Lagen Zufuhren nur  
mäßige zu nennen. Für den Export blieben  
feinste Holsteiner und Mecklenburger in guter  
Frage bei behaupteten Preisen. In Mittelwaare  
beschränkte sich das Geschäft auf kleine Umsätze in  
schlesischer, westpreussischer u. Butter, da Baiern,  
Südrhein und Oesterreich saisonmäßig nur noch sehr  
wenig liefern. Von Standardwaare wurde Manches  
zum Festbedarf geräumt.

Es notiren ab Versandtorte: Feine und  
feinste Holsteiner und Mecklenburger 115—120  
M., Mittel- 110—112 M., ost- und westpreussische  
Gutbutter 110—120 M., pommersche Land-  
M., pommersche Bächterbutter 100 M., Litzpauer  
85—90 M., Neßbrücker 85—90 M., schlesische  
88—90 M., schlesische feinste 95—98 M., na-  
garische 76 M., galizische 85 M., polnische 90—  
95 M. per 50 Kilo. Letztere 3 Sorten franko  
hier.

Die Eierbörse vom 21. d. verlief in recht lustloser  
Stimmung. Bei genügenden Beständen und mäßiger  
Nachfrage kam Preis mit M. 2,75 per Schock zur  
Notiz. An heutiger Börse wurde zu unveränderten  
Preisen verkauft.

Detailpreis M. 2,80 per Schock.

### Telegraphische Depeschen.

Braunschweig, 26. April. Im Anschluß an  
die gestrige Jubiläumssfeier fand heute Nachmittag  
die Einweihung des zur Erinnerung an den Krieg  
1870/71 auf dem Leisingplatze errichteten Sieges-  
denkmals statt.

Leipzig, 26. April. Der bekannte Dichter  
Müller von der Berra ist heute gestorben.

Wien, 26. April. Der heute vor dem Kai-  
ser stattgehabten Frühjahrsparade wohnten auch die  
Kaiserin, der Fürst von Bulgarien, der deutsche,  
der italienische Botschafter und sämtliche Militär-  
Attachees bei.

Paris, 26. April. Aus Bona vom 26. d.  
Mts. wird gemeldet, daß die „Surveillante“ ge-  
stern durch ein Bombardement das Fort der Insel  
Tabarka zerstört hat und daß die Landung der  
Truppen wahrscheinlich im Laufe des Vormittags  
bewerkstelligt sein dürfte. Die Kolonne des Ge-  
nerals Legerot ist gestern 8 Kilometer von Ref an-  
gekommen und sollte heute Ref blockiren.

London, 26. April. Der heute stattgehabten  
Besetzung der Leiche Lord Beaconsfield's in Eng-  
land wohnten bei: Der Prinz von Wales als  
Vertreter der Königin, ferner Prinz Arthur, Prinz  
Leopold, der Geheimsekretär der Königin, Bon-  
sonby, zahlreiche Mitglieder des diplomatischen  
Korps, alle Notabilitäten der konservativen und  
viele der liberalen Partei. Die Königin hatte  
prachtvolle Blumen für den Sarg Lord Beacons-  
field's gesendet.

London, 26. April. Die „Times“ ver-  
öffentlicht eine Depesche aus Tunis vom 25. d.  
Mts., in welcher ihr Korrespondent Mittheilungen  
über seine Unterredung mit dem Bey macht. Der  
Bey habe ihm sein Ersinnen darüber ausgespro-  
chen, daß seine Stellung als Basall der Porte  
jehals in Europa bestritten werden konnte; er  
habe stets auf das Gewissenhafteste alle Forderun-  
gen des Sultans, als seines Souveräns, erfüllt  
und dieser habe ihm telegraphisch zwei Mal seine  
Zustimmung ausgesprochen. Der Bey erinnerte  
sodann an die Verträge mit den Mächten, welche  
allen Europäern in Tunis gleiche Rechte gewähr-  
leiten. Er habe indessen die Interessen Frank-  
reichs wohl gekannt; die Regentenschaft habe Frank-  
reich niemals etwas verweigert, was sie ihm ge-  
rechter Weise hätte bewilligen können. Der fran-  
zösische Generalkonsul Roustan habe dem Bey wäh-  
rend der letzten 13 Monate unaufhörlich das fran-  
zösische Protektorat vorgeschlagen, dessen Annahme  
die bestehenden Verträge und die Beziehungen zu  
dem Sultan dem Bey niemals gestatten würden.  
Der Bey habe sich daher geweigert, die Besetzung  
seines Gebietes durch französische Truppen zu sank-  
tioniren und würde einer solchen niemals zustim-  
men. Er könne keinen militärischen Widerstand  
leisten, aber er werde protestiren und auf seinem  
Posten bleiben, um die öffentliche Ruhe und Si-  
cherheit aufrecht zu erhalten. Der Bey appellirte  
schließlich besonders an die Sympathie und das  
Wohlwollen Englands und Italiens und er-  
klärte, er überlasse sein Schicksal der Gerechtigkeit  
Europas.

### Briefkasten.

P. St. Die Gebäudesteuer resp. der Kom-  
munalzuschlag dazu sowohl in Stettin wie in Bre-  
dow richtet sich nicht nach dem jeweiligen Miethe-  
ertrage eines Hauses während eines Jahres. Es  
wird zwar von der Gebäudesteuer-Veranlagungs-  
Kommission der Brutto-Nutzungswert eines Hauses  
festgestellt, auch ist gegen diese Feststellung eine Re-  
klamation der Hausbesitzer zulässig; ist dieselbe  
aber einmal versäumt, so hat das Haus während  
15 Jahre 4 Prozent von diesem festgestellten Brutto-  
Nutzungsertrage an den Staat Gebäudesteuer, resp.  
einen Zuschlag an die Kommune zu zahlen. Es  
ist dabei gleichgültig, ob in einem Jahre der  
Mietheertrag des Hauses diesen festgestellten Brutto-  
Nutzungs-Ertrag erreicht oder nicht erreicht  
oder aber etwa überschreitet. Es findet nur alle  
15 Jahre eine Revision der Gebäudesteuer-Ver-  
anlagung statt, welche sich bei älteren Ge-  
bäuden nach dem Durchschnitt des Nutzungswertes,  
welchen das betreffende Haus in den letzten 10  
Jahren ergeben, zu richten hat.







**E. Rohrer.**